

Änderungsantrag

der Abgeordneten Klaus-Jürgen Warnick, Dr. Uwe-Jens Rössel, Dr. Christa Luft,
Dr. Gregor Gysi und der Gruppe der PDS

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1997
– Drucksachen 13/5200 Anlage, 13/5836, 13/6020, 13/6025, 13/6026, 13/6027

hier: Einzelplan 25

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen
und Städtebau**

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Haushaltsansätze im Kapitel 25 02 werden in folgenden Titeln
wie folgt angehoben:

- im Titel 882 13-440 „Zuweisungen zur Förderung städtebaulicher Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen in den alten Ländern“

Ansatz Regierungsentwurf: 78 000 TDM

Ansatz neu: 158 000 TDM

- im Titel 882 17-440 „Zuweisungen zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen in den neuen Ländern (einschließlich ehemaliges Ost-Berlin)“

Ansatz Regierungsentwurf: 655 000 TDM

Ansatz neu: 755 000 TDM

Mittelmehrbedarf durch Anhebung
in beiden Titeln: 180 000 TDM.

Bonn den 26. November 1996

**Klaus-Jürgen Warnick
Dr. Uwe-Jens Rössel
Dr. Christa Luft
Dr. Gregor Gysi und Gruppe**

Begründung

Sämtliche, auch im Auftrag des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau erstellten Gutachten belegten die Bedeutung der Städtebauförderung und ihre anschiebende Wirkung für private Bauinvestitionen. Einen besonderen Stellenwert nehmen dabei die Revitalisierung der Innenstädte und Großsiedlungen, vor allem in Ostdeutschland, ein. Angesichts des Bedarfes in den Kommunen sind eine Erhöhung und Verstetigung der Mittel unerlässlich. Eine Finanzierung des Mehrbedarfs kann durch Kürzungen von Möglichkeiten bei Steuersparmodellen (u. a. mittels Fördergebietsgesetz) für wohnungs- und städtebaulich nichtförderungswürdige Projekte erfolgen. Entsprechende Mehreinnahmen sind im Einzelplan 60 Kapitel 01 Titel 012 01 und 014 01 zu planen.